

Wahlordnung für die Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin

Vom 12. Mai 2007 (ABl. 2007 S. 1512)

Die Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin hat in ihrer Sitzung am 12. Mai 2007 folgende Wahlordnung für die Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses beschlossen:

§ 1

Wahlleiter

(1) Die Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin wählt einen Wahlleiter zur Durchführung der Wahlen des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses.

(2) Der Wahlleiter darf nicht der Vertreterversammlung angehören und nicht für den Aufsichts- oder Verwaltungsausschuss kandidieren. Der Wahlleiter muss nicht Mitglied des Versorgungswerkes sein.

§ 2

Wahl des Aufsichtsausschusses

(1) Die Vertreterversammlung wählt den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden sowie die weiteren vier Mitglieder des Aufsichtsausschusses in getrennten Wahlgängen in geheimer Wahl.

(2) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der gewählten Mitglieder der Vertreterversammlung auf sich vereint. Erhält kein Bewerber die erforderliche Stimmenmehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Stehen mehrere Bewerber zur Wahl, finden weitere Wahlgänge um den jeweiligen Sitz im Aufsichtsausschuss zwischen den beiden Bewerbern statt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Wurde die Mehrheit nach Satz 1 in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die einfache Mehrheit erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(3) Der Wahlleiter informiert über die Anzahl der Sitze der beteiligten Kammerbereiche und ruft jeweils zur Kandidatenbenennung auf. Die Kandidaten für die jeweilige Wahl werden ihm von den Mitgliedern der Vertreterversammlung vorgeschlagen. Nach der Wahl des Vorsitzenden erhält dieser vom Wahlleiter jeweils das erste Vorschlagsrecht für die weiteren Kandidaten.

(4) Die Annahme der Wahl wird von den gewählten Mitgliedern des Aufsichtsausschusses nach Abschluss aller Wahlgänge erklärt. Wird ein Mitglied der Vertreterversammlung in den Aufsichtsausschuss gewählt, scheidet es nach Annahme der Wahl aus der Vertreterversammlung aus. Nimmt ein gewählter Kandidat die Wahl nicht an, ist für diesen Sitz eine neue Wahl durchzuführen.

(5) Führt ein Wahlgang nach den Absätzen 2 und 3 nicht zu einem gewählten Bewerber, bricht der Wahlleiter den gesamten Wahlvorgang ab, sofern nicht die Mehrheit der gewählten Vertreter eine einmalige Wiederholung dieses Wahlvorganges beschließt. Bereits durchgeführte Wahlen sind hinfällig. Die Wahl ist auf die Tagesordnung der nächsten Vertreterversammlung zu setzen.

(6) Als Kandidat benannt und gewählt werden kann auch, wer aufgrund Abwesenheit schriftlich erklärt

1. für eine bestimmte Wahl als Bewerber zur Verfügung zu stehen und
2. die Wahl für den Fall der Wahl anzunehmen.

Die schriftliche Erklärung ist zum Zeitpunkt der Benennung als Kandidat dem Wahlleiter zu übergeben.

§ 3

Wahl des Verwaltungsausschusses

(1) Die Vertreterversammlung wählt den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden sowie die weiteren vier Mitglieder des Verwaltungsausschusses in getrennten Wahlgängen in geheimer Wahl.

(2) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der gewählten Mitglieder der Vertreterversammlung auf sich vereint. Erhält kein Bewerber die erforderliche Stimmenmehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Stehen mehrere Bewerber zur Wahl, finden weitere Wahlgänge um den jeweiligen Sitz im Verwaltungsausschuss zwischen den beiden Bewerbern statt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Wurde die Mehrheit nach Satz 1 in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die einfache Mehrheit erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(3) § 2 Abs. 3 bis 6 gelten entsprechend.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am 12. Mai 2007 in Kraft. Sie ist im Amtsblatt für Berlin zu veröffentlichen.

Nach § 4 b Abs. 5 in Verbindung mit § 14 Abs. 1 des Berliner Kammergesetzes in der Fassung vom 4. September 1978 (GVB1. S. 1937, 1980), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2006 (GVB1. S. 570), genehmigt.

Berlin, den 12. Mai 2007

Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt
und Verbraucherschutz

Ausgefertigt am 23. Mai 2007

A. Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses

Dr. I. Rellermeier
Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsausschusses

ZÄK 11.3.2